



Niederschrift

27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 20.04.2017
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:49 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Gesine Dannenberg DIE LINKE Vertretung für: Herrn Matthias Lack
DIE LINKE ab 18:20 Uhr

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel DIE LINKE
Herr Marcel Piest SPD ab 18:45 Uhr
Herr Claus Wartenberg SPD Leitung der Sitzung
Herr Jan Kuppert DIE aNDERE

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP
gen. Sacken

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke Bündnis 90/Die
Grünen ab 18:10 Uhr

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker CDU/ANW
Herr Tino Henning DIE LINKE 18:10 bis 20:20 Uhr
Frau Elke Lentz SPD
Herr Carsten Linke DIE aNDERE bis 20:54 Uhr
Herr Stefan Matz DIE LINKE
Frau Christel Pflug Seniorenbeirat
Herr Dr. Gert Zöllner Bündnis 90/Die
Grünen

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt
--------------------	-----------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht teilgenommen
----------------------	-----	--------------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Horst Heinzel	CDU/ANW	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Holger Wolinski	SPD	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Franziska Anhoff GB Stadtentwicklung und Bauen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.3.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Lärmaktionsplan 2016 für den Ballungsraum Potsdam: Fortschreibung Stufe 3
Vorlage: 17/SVV/0136
Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
SBV, KOUL (ff) und alle OBR
(2. Lesung)
 - 3.2 Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt

- Vorlage: 17/SVV/0175
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, HA
(Wiedervorlage)
- 3.3 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungferensee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"
Vorlage: 16/SVV/0268
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV
(Wiedervorlage)
- 3.4 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 16/SVV/0148
Fraktion CDU/ANW
SBV
(Wiedervorlage/ Behandlung i.V.m. dem Innenstadtverkehrskonzept)
- 3.5 Innenstadtverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0241
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)
- 3.6 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke
Vorlage: 17/SVV/0220
Fraktion CDU/ANW
alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke
- 3.7 Glasmeisterstraße als Potenzialstandort für den Sport in Babelsberg
Vorlage: 17/SVV/0221
Fraktion CDU/ANW
B/Sp., SBV (ff)
- 3.8 Baumpaten gesucht
Vorlage: 17/SVV/0231
Fraktion DIE LINKE
- 3.9 Bebauungsplan Nr. 141 "Entwicklungsbereich Krampnitz" - Präzisierung der Aufstellung von Teilbebauungsplänen sowie Änderung des Flächennutzungsplanes
Vorlage: 17/SVV/0240
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL, OBR Fahrland
- 3.10 Beschluss der Novelle der Potsdamer Baumschutzverordnung (PBaumSchVO)
Vorlage: 17/SVV/0243
Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
alle OBR
- 3.11 Zentrum-Ost Straßen als Lebensraum entwickeln
Vorlage: 17/SVV/0252
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
- 3.12 Bebauungsplan Nr. 157 "Neue Mitte Golm", Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung
Vorlage: 17/SVV/0268
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), OBR Golm, OBR Eiche
- 3.13 Verkehrsberuhigung um den Theodor-Hoppe-Weg

- Vorlage: 17/SVV/0273
Fraktion SPD
SBV (ff)
- 3.14 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen
Vorlage: 17/SVV/0282
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
- 3.15 Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt
Vorlage: 17/SVV/0287
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FA, SBV (ff)
- 3.16 Wiederverwertung Gebäudeteile Fachhochschule und Plattenbauten Krampnitz
Vorlage: 17/SVV/0296
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
mit Äa Fraktion DIEaNDERE
- 3.17 Bebauungsplan Nr. 140 "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße" -
Variantenprüfung
Vorlage: 17/SVV/0183
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 3.18 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht
Vorlage: 17/SVV/0242
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
(Mitteilungsvorlage)
- 3.19 Stadt-Umland-Wettbewerb - Information zu geänderter Priorisierung für
Potsdamer Projekte
Vorlage: 17/SVV/0275
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 3.20 Mittelstreifen Hegelallee
Vorlage: 17/SVV/0309
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 BE über Umsetzungsmöglichkeiten Sauberheitskampagne in Potsdam
(Beschluss zur DS 16/SVV/0493)
Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Wiedervorlage)
- 4.2 BE Lichtmasterplan (Beschluss zum Antrag DS 16/SVV/0062)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, wie auch der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Rietz, sind verhindert. Die Leitung der Sitzung übernimmt Herr Wartenberg.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Wartenberg, begrüßt die Mitglieder und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit noch nicht gegeben ist und legt eine Wartezeit von 15 Minuten fest.

Pause 18:03 bis 18:10 Uhr.

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.3.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 4 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 23.3.2017 gibt es keine Einwendungen; sie wird mit 3:0:1 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung ergehen folgende Bitten:

Den Antrag DS 17/SVV/0054 Potsdamer Baumschutz Verordnung (PBaumSCHVO) bittet die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nochmals auf die Tagesordnung zu nehmen und erneut im KOUL-Ausschuss zu behandeln. Die erste Behandlung erfolgte in der Sitzung am 16.2.2017. Der Antrag wurde damals mit 2:2:1 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Wiederaufnahme abstimmen; sie wird mit 2:2:0 abgelehnt.

Zum Tagesordnungspunkt (TOP) 3.3 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungferensee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs" schlägt die Verwaltung die Verschiebung auf die Mai-Sitzung vor.

Der TOP 3.4 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt und TOP 3.5 Innenstadtverkehrskonzept sollen im Verbund behandelt werden.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen einstimmig angenommen.

Zum TOP 3.10 Novelle Baumschutzverordnung liegen zwei Anträge auf Rederecht vor. Herr Andreas Menzel möchte für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Kreisverband Potsdam zur Einschätzung der neugefassten Regelungen sprechen. Herr Jürgen Kania (Baumschule Kania) spricht für die Fraktion Bürgerbündnis-FDP.

Beiden Rederechten wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Lärmaktionsplan 2016 für den Ballungsraum Potsdam: Fortschreibung Stufe 3

Vorlage: 17/SVV/0136

Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
SBV, KOUL (ff) und alle OBR

(2. Lesung)

Frau Hüneke bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein und begründet ihn. Er sei in enger Abstimmung mit der Verwaltung erarbeitet worden.

„Der OBM wird beauftragt, im Maßnahmenkatalog:

3.1. Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit:

- gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass es erforderlich ist, die Ermächtigungsgrundlage zur Einrichtung von T 30-Zonen sowie von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Hauptverkehrsstraßen auf kommunaler Ebene deutlich zu erweitern.

3.1.9. Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit Forststraße - „südliche“ zu streichen.

3.3.4. Fahrbahnverbesserung Dortustraße - unter besonderer Beachtung der Belange des Denkmalschutzes zu prüfen.

3.3.10 Modellversuch Zeppelinstraße

- T. 30 in der Forststraße und der Geschwister-Scholl-Str. zu prüfen

- Einbahnstraßenregelung stadtauswärts für Geschwister-Scholl-Str. zu prüfen

zu ändern:

4.1.6. Marquardter Hauptstraße: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung

4.1.9. Im Bogen: Sanierung in Pflasterbauweise

4.1.10. Kastanienallee: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung

4.1.16 Wannseestraße: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung

5.2.1. Schließung von Baulücken

- anzufügen: ... vor allem in Bereichen mit Blockrandbebauung.

9.2.3. Schaffung ruhiger Bereiche

- anzufügen: ... vor allem in Bereichen mit Blockrandbebauung.

Einen Punkt 9.7. ergänzen:

Verringerung des Stellplatzangebotes, Förderung von Radverkehrserschließung, Carsharing und E-Mobilität.

In der Textfassung des Konzeptes außerdem:

Kapitel 2.6.3 - Hauptprobleme und Konfliktbereiche-Straßenverkehr, S. 35 nach dem 2. Absatz:

- zu ergänzen:

Belastungen ergeben sich an Straßen mit offener Wohnbaustruktur, da Verkehrslärm hier mehr oder weniger ungehindert in die Aufenthaltsbereiche im Freien einwirkt. Bei der weiteren Verkehrsentwicklungsplanung sind diese Belastungsfaktoren zu berücksichtigen, u.a. in Kaiser-Friedrich-Str., Reiherberg-Str., Potsdamer Str., Potsdamer Chaussee sowie Forststr.

Kapitel 5.1.6. - Ruhige Gebiete

- Unabhängig von den anderen Kriterien sind auch die Gebiete als Ruhiges Gebiet Typ 3 auszuweisen, die den Status als Erholungswald haben.

Kapitel 6.4. Verbesserung von Fahrbahnoberflächen

- 2. Satz im 1. Absatz zu ersetzen durch: „Auch Pflasterbeläge führen in schlechter Verlege- und Zustandsqualität zu erhöhten Lärmbelastungen und werden subjektiv als störend empfunden.“

- 3. Absatz, 1. Satz nach „Erschließungsstraßennetz ist“ zu ergänzen: „in Verbindung mit dem Anspruch eines schnell-fließenden Verkehrs“ aus akustischer Sicht.

- 3. Absatz, 2. Satz nach „Gründen“ zu ergänzen: und unter Beachtung des Beschlusses zum Umgang mit Natursteinpflasterstraßen von 2008.“

Sie bittet um Einzelabstimmung der Punkte und um Zustimmung.

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) erklärt, die Verwaltung könne den meisten Forderungen des Änderungsantrages folgen; die folgenden Punkte könnten verwaltungsseitig nicht mitgetragen werden:

In Punkt 3.3.10 Modellversuch Zeppelinstraße fehle ihm eine eindeutige Benennung des zu prüfenden Abschnitts. Hier gebe es Abschnitte, die bereits geprüft worden seien.

Bei der geforderten Ergänzung eines Punktes 9.7 sollte die Verringerung des Stellplatzangebotes herausgenommen werden.

Zum Punkt 5.1.6 erläutert er, dass es sich bei der Kategorie des Erholungswaldes um eine Schutzkategorie der Landesforstbehörde handle. Er gibt zu bedenken, dass mit Einführung dieser Kategorie (Typ 3) unter Umständen dann auch Gebiete als ruhig eingestuft würden, die es in Wirklichkeit nicht sind.

Herr Jäkel hält diese Fortschreibung des Lärmaktionsplanes (LAP) für gelungen und die Änderungswünsche für unnötig. Er geht auf die einzelnen Forderungen aus dem Änderungsantrag ein und beantragt, den Unterpunkt 3.1.9 „Forststraße südlicher Teilabschnitt“ aus dem Maßnahmenkatalog auf Seite 4 zu streichen.

Herr von Osten-Sacken merkt an, dass Geschwindigkeitsreglementierungen in einem solchen Aktionsplan nichts verloren hätten.

Frau Dannenberg kritisiert die zu kurze Vorbereitungszeit angesichts der Fülle an Änderungsvorschlägen. Hierfür wäre mehr Vorlaufzeit nötig und sinnvoll gewesen.

Herr Linke unterstützt den Großteil der Forderungen aus dem Änderungsantrag.

Zum Punkt 4.1.9 „Im Bogen: Sanierung in Pflasterbauweise“ stellt Herr Kuppert den Änderungsantrag, die Worte „Sanierung in Pflasterbauweise“ zu streichen und zu ersetzen durch: „Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung“.

Herr Schmäh geht auf Rückfragen ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Änderungsanträge einzeln zur Abstimmung.

(Bündnis 90 / Die Grünen)

3.1. Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit:

- gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass es erforderlich ist, die Ermächtigungsgrundlage zur Einrichtung von T 30-Zonen sowie von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Hauptverkehrsstraßen auf kommunaler Ebene deutlich zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: 2:4:0 abgelehnt.

(Die Linke/ Herr Jäkel)

Im Maßnahmenkatalog aus Seite 4 wird der Unterpunkt 3.1.9 Forststraße südlicher Teilabschnitt gestrichen.

Abstimmungsergebnis: 2:2:2 abgelehnt.

(Bündnis 90 / Die Grünen)

3.1.9. Begrenzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit Forststraße - „südliche“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 2:3:1 abgelehnt.

(Bündnis 90 / Die Grünen)

3.3.4. Fahrbahnverbesserung Dortustraße

- unter besonderer Beachtung der Belange des Denkmalschutzes zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: 5:1:0 angenommen.

(Bündnis 90 / Die Grünen)

3.3.10 Modellversuch Zeppelinstraße

- T. 30 in der Forststraße und der Geschwister-Scholl-Str. zu prüfen

Abstimmungsergebnis: 4:1:1 angenommen.

- Einbahnstraßenregelung stadtauswärts für Geschwister-Scholl-Str. zu prüfen

Abstimmungsergebnis: 2:3:1 abgelehnt.

(Bündnis 90 / Die Grünen)

zu ändern:

4.1.6. Marquardter Hauptstraße: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

4.1.9. Im Bogen: Sanierung in Pflasterbauweise

Abstimmungsergebnis: 1:5:0 abgelehnt.

(DIE aNDERE)

4.1.9. Im Bogen: ~~Sanierung in Pflasterbauweise~~ **Anwohnerinformation und**

Vorstellung einer Variantenabwägung

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen.**

(Bündnis 90 / Die Grünen)

4.1.10. Kastanienallee: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen.**

4.1.16 Wannseestraße: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung

Abstimmungsergebnis: einstimmig **angenommen.**

5.2.1. Schließung von Baulücken

- anzufragen: ... vor allem in Bereichen mit Blockrandbebauung.

Abstimmungsergebnis: 2:2:2 abgelehnt.

9.2.3. Schaffung ruhiger Bereiche

- anzufragen: ... vor allem in Bereichen mit Blockrandbebauung.

Abstimmungsergebnis: 2:2:2 abgelehnt.

Einen Punkt 9.7. ergänzen:

Verringerung des Stellplatzangebotes

Abstimmungsergebnis: 2:3:1 abgelehnt.

Einen Punkt 9.7. ergänzen:

Förderung von Radverkehrserschließung, Carsharing und E-Mobilität.

Abstimmungsergebnis: 5:0:1 **angenommen.**

In der Textfassung des Konzeptes außerdem:

Kapitel 2.6.3 - Hauptprobleme und Konfliktbereiche-Straßenverkehr, S. 35 nach dem 2. Absatz:

- zu ergänzen:

Belastungen ergeben sich an Straßen mit offener Wohnbaustruktur, da Verkehrslärm hier mehr oder weniger ungehindert in die Aufenthaltsbereiche im Freien einwirkt. Bei der weiteren Verkehrsentwicklungsplanung sind diese Belastungsfaktoren zu berücksichtigen, u.a. in Kaiser-Friedrich-Str., Reiherberg-Str., Potsdamer Str., Potsdamer Chaussee sowie Forststr.

Abstimmungsergebnis: 3:2:1 **angenommen.**

Kapitel 5.1.6. - Ruhige Gebiete

- Unabhängig von den anderen Kriterien sind auch die Gebiete als Ruhiges Gebiet Typ 3 auszuweisen, die den Status als Erholungswald haben.

Abstimmungsergebnis: 2:3:1 abgelehnt.

Kapitel 6.4. Verbesserung von Fahrbahnoberflächen

- 2. Satz im 1. Absatz zu ersetzen durch: „Auch Pflasterbeläge führen in schlechter Verlege- und Zustandsqualität zu erhöhten Lärmbelastungen und werden subjektiv als störend empfunden.“

Abstimmungsergebnis: 3:2:1 **angenommen.**

Kapitel 6.4. Verbesserung von Fahrbahnoberflächen

- 3. Absatz, 1. Satz nach „Erschließungsstraßennetz ist“ zu ergänzen: „in Verbindung mit dem Anspruch eines schnell-fließenden Verkehrs“ aus akustischer Sicht.

Abstimmungsergebnis: 1:4:1 abgelehnt.

Kapitel 6.4. Verbesserung von Fahrbahnoberflächen

- 3. Absatz, 2. Satz nach „Gründen“ zu ergänzen: und unter Beachtung des Beschlusses zum Umgang mit Natursteinpflasterstraßen von 2008.“

Abstimmungsergebnis: 3:0:3 angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Lärmaktionsplan 2016 für den Ballungsraum Potsdam Fortschreibung Stufe 3 Hauptverkehrsstraßen > 8.200 DTV (in Kfz/24h), Haupteisenbahnstrecken > 30.000 Züge/Jahr, zusätzlich lärmrelevante Straßenzüge und Bahnstrecken, sowie Lärm von Industriegeländen, Häfen und Flughäfen mit dem Stand 11. Januar 2017 **mit den nachfolgenden Änderungen im Maßnahmenkatalog,**

3.3.4. Fahrbahnverbesserung Dortustraße

- unter besonderer Beachtung der Belange des Denkmalschutzes zu prüfen.

3.3.10 Modellversuch Zeppelinstraße

- T. 30 in der Forststraße und der Geschwister-Scholl-Str. zu prüfen.

zu ändern:

4.1.6. Marquardter Hauptstraße: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung.

4.1.9. Im Bogen: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung.

4.1.10. Kastanienallee: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung.

4.1.16 Wannseestraße: Anwohnerinformation und Vorstellung einer Variantenabwägung.

Einen Punkt 9.7. ergänzen:

Förderung von Radverkehrserschließung, Carsharing und E-Mobilität.

In der Textfassung des Konzeptes außerdem:

Kapitel 2.6.3 - Hauptprobleme und Konfliktbereiche-Straßenverkehr, S. 35 nach dem 2. Absatz:

- zu ergänzen:

Belastungen ergeben sich an Straßen mit offener Wohnbaustruktur, da Verkehrslärm hier mehr oder weniger ungehindert in die Aufenthaltsbereiche im Freien einwirkt. Bei der weiteren Verkehrsentwicklungsplanung sind diese Belastungsfaktoren zu berücksichtigen, u.a. in Kaiser-Friedrich-Str., Reiherberg-Str., Potsdamer

Str., Potsdamer Chaussee sowie Forststr.

Kapitel 6.4. Verbesserung von Fahrbahnoberflächen

- 2. Satz im 1. Absatz zu ersetzen durch: „Auch Pflasterbeläge führen in schlechter Verlege- und Zustandsqualität zu erhöhten Lärmbelastungen und werden subjektiv als störend empfunden.“

- 3. Absatz, 2. Satz nach „Gründen“ zu ergänzen: und unter Beachtung des Beschlusses zum Umgang mit Natursteinpflasterstraßen von 2008.“

2. Im Rahmen der Abwägung (nach § 47d BImSchG) wird über die vorgebrachten Anregungen entschieden (gemäß Anlage 13 des Lärmaktionsplanes).

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umsetzung der Maßnahmen des Lärmaktionsplanes durch konkrete Planungen in Abhängigkeit der finanziellen und planerischen Voraussetzungen zu untersetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 3.2 Aufenthaltsqualität auf dem Alten Markt

Vorlage: 17/SVV/0175

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV, HA

(Wiedervorlage)

Herr Jäkel geht auf die 1. Lesung vom 23.3.2017 in diesem Ausschuss ein und erinnert an die Ausführungen der Verwaltung, wonach der Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt werden könne.

Auf Rückfragen geht Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) ein.

Frau Hüneke erklärt den Antrag für den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung als erledigt. Gegebenenfalls werde die Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung fortgeführt.

zu 3.3 Leitentscheidung zum Bebauungsplan Nr. 146, "Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs"

Vorlage: 16/SVV/0268

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

SBV

(Wiedervorlage)

Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

(sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 3.4 Umwandlung eines Busparkplatzes in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 16/SVV/0148

Fraktion CDU/ANW

SBV

(Wiedervorlage/ Behandlung i.V.m. dem Innenstadtverkehrskonzept)

Herr Volkmann (Bereich Verkehrsentwicklung) führt aus, Überlegungen zum betreffenden Busparkplatz seien im Innenstadtverkehrskonzept enthalten, sodass dazu in jedem Fall eine Prüfung erfolgen werde. Der hiesige Antrag hätte sich damit erledigt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wann die Umwandlung des Busparkplatzes in der Friedrich-Ebert-Straße 94 (Höhe Klosterkeller) in Pkw-Stellflächen umgesetzt wird und wie viele Stellflächen dadurch für die Parkraumbewirtschaftung der Landeshauptstadt Potsdam gewonnen werden. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist im Juli, über den Umsetzungsstand der Maßnahme zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	1

zu 3.5 Innenstadtverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0241

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff)

Herr Volkmann (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie anhand einer Präsentation, die diesem Protokoll anliegt.

Frau Hüneke kritisiert die Verwendung des Begriffes „Einkaufsinnenstadt“. Damit werde eine Klassifizierung vorgenommen, die nicht gewollt sei und das Wohnen in der Innenstadt in den Hintergrund gerückt. Der Begriff sollte nicht verwendet werden.

Des Weiteren erkundigt sie sich, wann und wie die benannten Prüfungen

vorgenommen und in die entsprechenden Gremien gegeben würden und stellt den Ergänzungsantrag, „Die einzelnen Maßnahmen sind jeweils im Vorfeld im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (SBV) vorzulegen.“

Herr Beck gibt dazu zu bedenken, dass im Vorfeld definiert werden müsste, was als Maßnahme gelte und in welchem Umfang bzw. wie detailliert eine solche Vorstellung erfolgen soll. Er könne sich beispielsweise vorstellen, entsprechende Maßnahmen in einer Liste zu bündeln und dem SBV-Ausschuss zu geeigneter Zeit vorzustellen.

Herr Kuppert schlägt vor, diese Entscheidung dem SBV-Ausschuss zu überlassen und bis zu dessen nächster Sitzung eine geeignete Formulierung zu liefern.

Frau Hüneke stimmt diesem Vorschlag zu.

Auf Anmerkungen und Rückfragen geht Herr Volkmann ein.

Herr Kuppert bringt den Ergänzungsantrag für die Fraktion DIE aNDERE ein und erläutert ihn.

„Die DS 17/SVV/0241 ‚Innenstadtverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam‘ wird wie folgt ergänzt:

2.3 Holländisches Viertel (Seite 75)

fußgängertaugliche Umgestaltung durch **Reduzierung oder Herausnahme des ruhenden Verkehrs sowie** fußgängertaugliche Neupflasterung der Straßen als Voraussetzung für verkehrsberuhigten Bereich.“

Herr Volkmann erklärt, dass die im Innenstadtverkehrskonzept gewählte Formulierung eine zielführende Kompromisslösung darstelle. Die gewünschte Ergänzung könne von der Verwaltung nicht mitgetragen werden, da keine Ausweichstellplätze vorhanden seien. Er formuliert folgenden Änderungsvorschlag: „fußgängertaugliche Neupflasterung der Straßen als Voraussetzung für verkehrsberuhigten Bereich i. V m. einer Prüfung der weiteren Reduzierung oder Herausnahme des ruhenden Verkehrs.“

Herr Kuppert nimmt den Änderungsvorschlag von Herrn Volkmann an.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zur Abstimmung.

Die DS 17/SVV/0241 „Innenstadtverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam“ wird wie folgt ergänzt:

2.3 Holländisches Viertel (Seite 75)

~~fußgängertaugliche Umgestaltung durch **Reduzierung oder Herausnahme des ruhenden Verkehrs sowie** fußgängertaugliche Neupflasterung der Straßen als Voraussetzung für verkehrsberuhigten Bereich~~ **i. V. m. einer Prüfung der**

weiteren Reduzierung oder Herausnahme des ruhenden Verkehrs.

Abstimmungsergebnis: 4:0:2 angenommen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das vorliegende Innenstadtverkehrskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam (gemäß **der wie untenstehend ergänzten** Anlage 1) stellt die Grundlage für die weitere verkehrliche Entwicklung der Potsdamer Innenstadt dar.

**Ergänzung zu 2.3 Holländisches Viertel (Seite 75)
fußgängertaugliche Neupflasterung der Straßen als Voraussetzung für
Verkehrsberuhigten Bereich i. V. m. einer Prüfung der weiteren Reduzierung
oder Herausnahme des ruhenden Verkehrs.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.6 Sanierung der Preußenhalle im Potsdamer Ortsteil Groß Glienicke

Vorlage: 17/SVV/0220

Fraktion CDU/ANW

alle Ausschüsse (außer E/B, GSI, RPA) und OBR Groß Glienicke

Frau Dannenberg kritisiert die im Antrag enthaltene Forderung nach einer Ausschreibung. Den Beschluss einer solchen Maßnahme zu diesem Zeitpunkt halte sie für verfrüht, er sollte nicht getroffen werden, bevor nicht alle Varianten geprüft seien.

Herr Jäkel stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, den Antrag auf die nächste Sitzung zu vertagen. Da heute kein Vertreter des Antragsstellers anwesend sei, sei nicht erkennbar, wie mit dem Antrag umgegangen werden soll.

Für sowie gegen den Geschäftsordnungsantrag spricht niemand.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung. Er wird einstimmig angenommen.

Die DS 17/SVV/0220 wird auf die kommende Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vertagt.

zu 3.7 Glasmeisterstraße als Potenzialstandort für den Sport in Babelsberg
Vorlage: 17/SVV/0221

Fraktion CDU/ANW

B/Sp., SBV (ff)

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) führt aus, dass auch wenn sich der Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport aufgrund des weiter steigenden Bedarfs an Sportstätten für den Standort Glasmeisterstraße ausspreche, der Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt bezüglich dieser Fläche dem Antrag nicht folgen könne. Der Standort Glasmeisterstraße sei aus stadtplanerischer wie auch wirtschaftlicher Sicht für den geforderten Zweck ungeeignet. Die in Frage kommenden Flächen befinden sich im Privateigentum mehrerer Eigentümer. Die Erschließung und Lage des Gebietes sprechen vielmehr für eine bauliche Entwicklung von Gewerbe- und Wohnflächen, über die sich die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) im Gespräch mit den Eigentümern und dem Verein Oberlinhaus befinde. Ein Test der Platzierung von Sportanlagen auf dem Gelände habe zudem ergeben, dass insbesondere unter Einbeziehung von Laufbahnen und Sporthalle erhebliche Verschnittflächen verblieben. Diese könnten keiner dem Standort angemessenen baulichen Entwicklung zugeführt werden. Eine Sicherung von Flächen im Rahmen der Bauleitplanung führe aufgrund der potentiellen Entwertung sehr wahrscheinlich zu einem Übernahmeverlangen der Eigentümer und zur Entschädigungspflicht der LHP. Die Kosten für die Beseitigung von Altlasten fielen ebenfalls der LHP zu, da die Altlastenfreistellung die Schaffung gewerblicher Arbeitsplätze voraussetzt. Weder dafür noch für Entschädigung und Investitionen steht in der Haushaltsplanung ein Budget zur Verfügung. Dies hätte zur Folge, dass die Branche in wesentlichen Teilen auf unbestimmte Zeit erhalten bliebe, begleitet durch komplexe rechtliche Auseinandersetzungen und erhebliche Kostenrisiken.

Des Weiteren weist Herr Lehmann darauf hin, dass ein Beschluss dieses Antrages im Widerspruch zu einem bereits gefassten Beschluss (Vorbereitende Untersuchungen) stehe. Er könne eine Zustimmung zu diesem Antrag nicht empfehlen.

Auf Nachfragen geht Herr Lehmann ein.

Herr Jäkel weist darauf hin, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handelt und spricht sich für die Zustimmung aus.

Herr von Osten-Sacken macht deutlich, dass Prüfaufträge nur erteilt werden sollten, wenn sie auch entsprechend sinnvoll seien. Und dies sei hier nicht der Fall.

Herr Beck bekräftigt diese Aussage und weist darauf hin, dass unnötige Prüfungen nicht durchgeführt werden sollten, auch weil sie unnötig Ressourcen verschwendeten.

Herr Kuppert hält die in Rede stehende Fläche für einen Sportplatz für ungeeignet. Der Antrag sei daher nicht zustimmungsfähig.

Herr Piest erinnert, dass für diesen Ausschuss die Altlastenproblematik entscheidend sei und gibt zu bedenken, ob diese Fläche damit überhaupt in Frage komme.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Sicherung der Glasmeisterstraße als zukünftigen Standort für eine Sportstätte (z. B. Sporthalle/Sportplatz mit Laufbahn) zu prüfen. Dem Ausschuss für Bildung und Sport ist im Oktober 2017, über Varianten und mögliche Zeithorizonte zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.8

Baumpaten gesucht

Vorlage: 17/SVV/0231

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Claes (Bereich Grünflächen) führt aus, das mit dem Antrag angeregte Verwaltungshandeln entspreche bereits der gängigen Praxis. Die Übernahme von Patenschaften für Bäume und Grünflächen sei für interessierte Bürgerinnen und Bürger bereits möglich. Derzeit bestünden derartige Patenschaften oder vergleichbare Pflegeübernahmen für zwei Bäume sowie insgesamt 64 Teilflächen, die nachhaltig und angemessen durch die Anwohner gepflegt würden. Bei anhaltender Trockenheit gebe es zudem seit Jahren regelmäßig Aufrufe an die Bevölkerung zur Mithilfe bei der Bewässerung von Jungbäumen.

Frau Hüneke sieht den Antrag damit als erledigt an.

Herr Jäkel bittet um Zurückstellung der Drucksache, um in der Fraktion eine mögliche Erledigung der Sache zu beraten.

Der Antrag DS 17/SVV/0231 „Baumpaten gesucht“ wird zurückgestellt und zur Entscheidung in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung,

Umweltschutz und ländliche Entwicklung erneut aufgerufen.

zu 3.9 Bebauungsplan Nr. 141 "Entwicklungsbereich Krampnitz" - Präzisierung der Aufstellung von Teilbebauungsplänen sowie Änderung des Flächennutzungsplanes

Vorlage: 17/SVV/0240

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

SBV (ff), KOUL, OBR Fahrland

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie.

Auf Nachfragen geht er ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 141-1 „Entwicklungsbereich Krampnitz – Klinkerhöfe Süd“ ist zu ändern. Der wirksame Flächennutzungsplan wird im Parallelverfahren geändert, dabei umfasst diese Änderung auch einen Teil des Hauptstraßennetzes außerhalb des Entwicklungsbereiches. Eine veränderte Darstellung der Wald- und Landwirtschaftsflächen nordöstlich der Landesstraße 92, die entsprechend dem Zielabweichungsbescheid von einer Bebauung freizuhalten sind, ist nicht Bestandteil des Änderungsverfahrens (gemäß Anlagen 1, 2, 3 und 5).
2. Ergeben sich aus den Ergebnissen des geplanten städtebaulichen Realisierungswettbewerbs für die Neubaufächen des Entwicklungsbereiches Änderungsbedarfe für den Flächennutzungsplan, ist dieser entsprechend zu ändern (gemäß Anlagen 4 und 5).
3. Der Bebauungsplan Nr. 141-4 „Entwicklungsbereich Krampnitz – Klinkerhöfe Ost“ ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 6, 7 und 3).
4. Der Bebauungsplan Nr. 141-5 „Entwicklungsbereich Krampnitz – Uferpark“ ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 8, 9 und 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 0
Stimmhaltung: 3

zu 3.10 **Beschluss der Novelle der Potsdamer Baumschutzverordnung (PBaumSchVO)**

Vorlage: 17/SVV/0243

Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur alle OBR

Herr Menzel nimmt sein Rederecht für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Kreisverband Potsdam wahr. Durch die neue Verordnung sei das Grünvolumen der Stadt gefährdet. Auf Ausgleichszahlungen und Ersatzpflanzungen werde verzichtet, wodurch eine sinnvolle Möglichkeit verschenkt werde, dem weiteren Verlust entgegenzutreten. Er kritisiert, dass Bäume leichter zu fällen sein werden als bisher. Auch die Erhöhung des Stammumfangs stelle eine Verschlechterung zu der derzeit geltenden Fassung dar. Er fordert zudem einen besseren Schutz für Sträucher. Die neu definierte Abstandsregelung zu Wohnhäusern werde ebenfalls kritisch gesehen. Im Ergebnis werde der Baumschutz durch die neue Verordnung ausgehebelt. Er bittet, diesen Bedenken Rechnung zu tragen. (Die ausführliche Stellungnahme des BUND Kreisverband Potsdam ist zu den Unterlagen zu dieser Sitzung abrufbar)

Herr Kania (Baumschule Kania) nimmt sein Rederecht für die Fraktion Bürgerbündnis-FDP wahr. Er fordert, die Artenliste für Nachpflanzungen um (Wild-)Obstbäume zu ergänzen. Weiterhin sollten Laub- und Nadelbäume gleichgestellt werden. Zudem sollte die Mindestpflanzgröße bei Nadelgehölzen auf 175 – 200 cm heraufgesetzt werden. Er verweist auf den Änderungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP, in dem diese Forderungen aufgenommen worden seien, und der hier heute noch eingebracht werde. Er kritisiert die unzureichende Zusammenarbeit der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) mit den ansässigen Baumschulen. Auch er sieht durch die Novellierung künftig Baumfällungen erleichtert.

Herr von Osten-Sacken bringt den Änderungsantrag der Fraktion Bürgerbündnis-FDP ein und verweist auf die Ausführungen von Herrn Kania.

„In der Anlage 2 Begründung zur PBaumSchVO ist unter § 7 (Ersatzbepflanzungen, Ausgleichszahlungen) auf Seite 19, Absatz 2 zu lesen: „...Insofern werden weiterhin geeignete mittel- oder großkronige Laub- oder Nadelbäume gefordert werden“. Dieser Satz muss geändert werden. Stattdessen sollte es heißen: „...geeignete Baumarten entsprechend der Anlage 2 der Baumschutzverordnung“.

Außerdem sollten nicht nur Wildobstarten sondern auch Kulturobstarten in die Ersatzbepflanzungsliste mitaufgenommen werden. Die Liste sollte um den Begriff „Obstbäume“ ergänzt werden. Außerdem muss die Mindestpflanzgröße bei Nadelgehölzen auf 175-200 cm heraufzusetzen.“

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) erinnert an die bereits geführten Debatten zur Novellierung der Baumschutzverordnung. Zum Änderungsantrag erläutert er, dass bezüglich der Ersatzpflanzungen eine rechtliche Bindung an einen gleichwertigen Ersatz bestehe. Eine Umformulierung der betreffenden Passage sei daher nicht erforderlich. Die Liste der Anlage 2 sei beabsichtigt nicht abgeschlossen. Hier handelt es sich um Vorschläge, neben denen weitere, nicht aufgeführte gleichwertige Bäume jederzeit Eingang bzw. als Ersatzpflanzungen Verwendung finden können. Gleiches gilt auch für die Forderung nach der Ergänzung von Obstbäumen. Bezüglich der festgelegten Mindestpflanzhöhe für Nadelbäume müsse beachtet werden, dass, um ein erfolgreiches Anwachsen und eine lange Lebensdauer zu erzielen, insbesondere bei immergrünen Nadelbäumen der Anwacherfolg größer ist, je jünger der gepflanzte Nadelbaum ist. Die hier festgelegte Mindestpflanzhöhe von 150 – 175 cm werde dementsprechend als fachlich vorteilhaft gesehen. Die Zustimmung zum Änderungsantrag könne die Verwaltung nicht empfehlen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

In der Anlage 2 Begründung zur PBaumSchVO ist unter § 7 (Ersatzbepflanzungen, Ausgleichszahlungen) auf Seite 19, Absatz 2 zu lesen: „...Insofern werden weiterhin geeignete mittel- oder großkronige Laub- oder Nadelbäume gefordert werden“. Dieser Satz muss geändert werden. Stattdessen sollte es heißen: "...geeignete Baumarten entsprechend der Anlage 2 der Baumschutzverordnung".

Außerdem sollten nicht nur Wildobstarten sondern auch Kulturobstarten in die Ersatzbepflanzungsliste mitaufgenommen werden. Die Liste sollte um den Begriff „Obstbäume“ ergänzt werden. Außerdem muss die Mindestpflanzgröße bei Nadelgehölzen auf 175-200cm heraufzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 0:4:2 abgelehnt.

Herr Beck wirbt dafür, auch die Vorlage heute abzustimmen, auch wenn zunächst eine 1. Lesung für heute geplant gewesen sei. Zwar lägen noch nicht alle Voten der Ortsbeiräte vor, eine Abstimmung könnte jedoch unter Vorbehalt der Zustimmung der Ortsbeiräte erfolgen. Zahlreiche Debatten seien geführt worden. Die Angelegenheit sollte zum Abschluss gebracht werden.

Herr Jäkel schließt sich dieser Auffassung an und plädiert für eine heutige Abstimmung.

Herr Becker führt aus, dass die Bürgerinnen und Bürger in seinem Ortsteil Bedenken bezüglich des Schutzes ab einem Stammumfang von 45 cm hätten. Dieser sehr kleine Umfang sei schnell erreicht, wodurch vermehrt Anträge auf Fällung gestellt werden müssten. Er bezweifelt, dass die Verwaltung dieses Mehr an Fällanträgen zeitnah bearbeiten könne.

Herr Linke erkundigt sich, wie eine rechtssichere Trennung von Innen- und Außenbereich gewährleistet werden soll.

Herr Beck und Herr Schmäh führen aus, dass die Verwaltung an die Bewertung von Innen- und Außenbereich gebunden sei. Dies sei Standard z. B. auch bei immissionsschutzrechtlichen Prüfungen. Hierbei orientiere man sich an Kartenmaterial z. B. zu Bebauungsplangebieten. Grenzfälle würden immer nochmals gesondert geprüft.

Herr Kuppert erkundigt sich, bis wann Karten zur Unterscheidung von Innen- und Außenbereich vorliegen.

Herr Schmäh erklärt, dass es sich hierbei um verwaltungsinterne Karten handelt und sich Innen-/Außenbereich auch immer verändern.

Herr Linke hält die Baumschutzverordnung ohne das Vorliegen des entsprechenden Kartenmaterials für nicht beschließbar.

Frau Hüneke merkt an, dass derzeit eine rechtssichere Baumschutzverordnung existiere, bei der man bleiben solle. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an den Antrag 17/SVV/0054 ihrer Fraktion, in dem „die in der Beschlussvorlage zur Novellierung der Potsdamer Baumschutz VO vorgesehene rechtssichere Einfügung bei Fällgenehmigungen und Ersatzpflanzungen (§7 (2) und (3) und Anlage1 „Vitalität“ und Anlage 2 „Baumarten“) als Anlage der geltenden PBaumSchVO beschlossen“ werden soll.

Herr Piest ruft die Kompromissfindung in den vorhergehenden Debatten in Erinnerung.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung (unter Vorbehalt der Zustimmung der Ortsbeiräte) zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung nach § 9 Abs. 5 BbgNatSchAG wird über die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Öffentlichkeit sowie der Träger öffentlicher Belange zur Novelle der PBaumSchVO entschieden (gemäß Anlage 4).
2. Die PBaumSchVO (Anlage 1) wird gemäß § 8 Abs. 1 BbgNatSchAG i. V. m. § 4 Abs. 4 Satz 1 NatSchZustV erlassen; die dazugehörige Begründung (Anlage 2) wird gebilligt.
3. Der Beschluss 02/SVV/0871 (bisherige Baumschutzverordnung) wird

aufgehoben, so dass mit Inkrafttreten der neuen Verordnung die bisherige außer Kraft tritt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 0

zu 3.11 Zentrum-Ost Straßen als Lebensraum entwickeln

Vorlage: 17/SVV/0252

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) bittet um Präzisierung, welcher Abschnitt des Humboldtringes gemeint ist. Der angedachte Termin zur Vorlage bis September 2017 sei deutlich zu knapp. Da auch finanziell keine Ressourcen vorhanden seien, schlägt er September 2018 vor.

Frau Hüneke macht folgende Ergänzung zur Präzisierung: „... für den **Hauptstrang des** Humboldtrings ...“. Den Terminvorschlag übernimmt sie.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine städtebauliche Studie für den **Hauptstrang des** Humboldtrings zu beauftragen. Das Ziel soll in einer Aufwertung der Aufenthaltsqualität für Fußgänger und Radfahrer bestehen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im September 2018 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 3

**zu 3.12 Bebauungsplan Nr. 157 "Neue Mitte Golm", Aufstellungsbeschluss sowie
Flächennutzungsplan-Änderung
Vorlage: 17/SVV/0268**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), OBR Golm, OBR Eiche

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie. Mit dem vorgeschlagenen Bebauungsplan Nr. 157 solle das Ziel der Entwicklung einer identitätsstiftenden neuen Ortsmitte Golms verfolgt werden. Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplans, der sich auf den Bahnhofsbereich beziehe, sei die Durchführung eines umfangreichen Wettbewerbs- und Beteiligungsverfahrens „Funktionale Mitte Golm“. Der Flächennutzungsplan sei im zugehörigen Teilbereich entsprechend zu ändern.

Herr Jäkel bringt seinen Ergänzungsantrag ein und begründet ihn.

„Der Beschlussvorschlag ist um folgenden Punkt zu ergänzen:

3. Vor weiteren Planungsschritten ist die Kompatibilität des vorgeschlagenen städtebaulichen Konzeptes (siehe Anlage 4) mit der Freihaltung nötiger Flächen für eine spätere Realisierungsmöglichkeit einer Ortsumgehungsstraße Potsdam entlang der Eisenbahn zu prüfen. Es sind Vorschläge für eine kompatible Lösung zu suchen, die eine Realisierung der gesamtstädtisch bedeutsamen Verkehrsverbindung nicht unmöglich macht.“

Er bittet um Zustimmung.

Frau Holtkamp führt aus, dass das Thema Ortsumgehung in der Bürgerbeteiligung keine größere Rolle gespielt habe und auch nicht mit dem Ergebnis des Wettbewerbsverfahrens vereinbar sei.

Herr Beck weist darauf hin, dass diese Forderung auch im Bundesverkehrswegeplan derzeit nicht enthalten sei.

Herr Jäkel erwidert, dass der Gedanke trotzdem aufgenommen werden sollte. Zudem seien die Bundesabgeordneten, mit den er gesprochen habe, offen für dieses Thema.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Der Beschlussvorschlag ist um folgenden Punkt zu ergänzen:

Vor weiteren Planungsschritten ist die Kompatibilität des vorgeschlagenen städtebaulichen Konzeptes (siehe Anlage 4) mit der Freihaltung nötiger Flächen für eine spätere Realisierungsmöglichkeit einer Ortsumgehungsstraße Potsdam entlang der Eisenbahn zu prüfen. Es sind Vorschläge für eine kompatible Lösung zu suchen, die eine Realisierung der gesamtstädtisch bedeutsamen Verkehrsverbindung nicht unmöglich macht.

Abstimmungsergebnis: 1:3:2 abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 157 "Neue Mitte Golm" ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 2 und 3), der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern.
2. Planerische Grundlage für die Erstellung des Bebauungsplans ist das vorliegende Städtebauliche Konzept (siehe Anlage 4).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

zu 3.13 Verkehrsberuhigung um den Theodeor-Hoppe-Weg

Vorlage: 17/SVV/0273

Fraktion SPD

SBV (ff)

Herr Piest bringt den Antrag ein.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) führt aus, dass das Areal bereits verkehrsberuhigt sei, lediglich das entsprechende Schild sei nicht mehr vorhanden. Ersatz sei in Arbeit.

Herr Piest erklärt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.14 Nuthepark zwischen Nuthemündung und Humboldtbrücke weiterführen

Vorlage: 17/SVV/0282

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und begründet ihn. Sie bittet um Zustimmung.

Herr Claes erklärt, dass der betreffende Abschnitt Teil des Geländes der Bundesgartenschau (BUGA) 2001 sei und mittels Fördergelder als Landschaftspark nördlich der Nuthe gestaltet wurde.

Frau Hüneke stellt den Antrag zurück, um das weitere Vorgehen in der Fraktion zu beraten.

zu 3.15 Verkehrssicherheit am Bahnübergang Bahnhof Medienstadt

Vorlage: 17/SVV/0287

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FA, SBV (ff)

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und bittet um die Meinung der Verwaltung dazu.

Herr Wustrack (Bereich Verkehr und Technik) erklärt den Antrag für nicht zustimmungsfähig. Die erste Forderung sei nicht realisierbar. Die Verfügung eines Tempolimits in Punkt 2 sei unzulässig und ein Schild, wie es gefordert wird, gebe es schlichtweg nicht. Bezüglich der Verkehrsberuhigung der Bahnhofstraße führt er aus, dass dieser Bereich bereits Teil einer Tempo-30-Zone sei.

Frau Hüneke stellt den Antrag zurück, um das weitere Vorgehen mit der Fraktion abzustimmen.

zu 3.16 Wiederverwertung Gebäudeteile Fachhochschule und Plattenbauten

Krampnitz

Vorlage: 17/SVV/0296

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

mit Äa Fraktion DIEaNDERE

Frau Hüneke bringt den Antrag ein und erläutert ihn.

Herr Kuppert verweist auf den in der Stadtverordnetenversammlung eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) gibt zu bedenken, dass zur Wiederverwendung von Bauteilen eine Verwendungsperspektive vorhanden sein sollte. Anderenfalls müssten die

Bauteile aufwendig eingelagert werden. Bei Deckenelementen bestehe zudem die Problematik, dass sie nicht den heutigen Brandschutzvorschriften entsprechen. Eine entsprechende Aufarbeitung sei finanziell wie auch technisch aufwändig. Recycling von Beton hingegen sei gängige Praxis, jedoch sei kaum zu beeinflussen, ob und in welchem Umfang das im Ergebnis des Abbruchs der Fachhochschule entstehende Betonrecycling für die Herstellung von Frischbeton für Potsdamer Schul- und Kitaneubauten Verwendung finde. Die Verwendung von Plattenbauelementen zurückgebauter Wohnungsbauten für den Neubau von Kitas und Schulen sei aus statischen Gründen nicht möglich. Hier seien unterschiedliche Deckenlasten anzusetzen. Die Verwaltung sehe in diesem Fall keine erfolgreiche Prüfung.

Frau Hüneke stellt den Antrag zur Stadtverordnetenversammlung zurück. Im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung erfolgt keine Abstimmung.

zu 3.17 Bebauungsplan Nr. 140 "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße" - Variantenprüfung

Vorlage: 17/SVV/0183

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) erläutert, dass hier beauftragt war, die Änderung des Flächennutzungsplanes im Geltungsbereich des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 140 "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße" vorläufig einzustellen und anhand von Varianten zu prüfen, wie die geplanten Eingriffe in die vorhandene Waldfläche minimiert werden können (DS 16/SVV/0668). Als Grundlage für die Bearbeitung des Bebauungsplans wurde im Frühjahr 2016 ein Vermessungsplan erstellt, der den aktuellen Baumbestand beinhaltet. Die zum Bebauungsplan entwickelten städtebaulichen Varianten seien hinsichtlich des im Vermessungsplan dargestellten Waldbestandes mit folgendem Ergebnis untersucht worden. Von den 4 geprüften Varianten soll die Variante 3 als Vorzugslösung im Bebauungsplan Nr. 140 "Steinstraße/ Kohlhasenbrücker Straße" weiterverfolgt werden. Die im Rahmen der Variantenbewertung gewonnenen Erkenntnisse sollen im weiteren Bebauungsplanverfahren berücksichtigt werden. Die Erhaltung des Waldbestandes in einer Breite von 20 m entlang der Kohlhasenbrücker Straße, die Erhaltung einer kompakten Bestandsfläche an der nördlichen Plangebietsgrenze sowie die Erhaltung von weiteren Baumgruppen und Einzelbäumen sollten als Festsetzungen im Bebauungsplan verbindlich verankert werden. Die Ausführungen zur umweltfachlichen Beurteilung der entwickelten städtebaulichen Varianten werden in den Umweltbericht aufgenommen. Die präzise Ermittlung des Eingriffs in Natur und Landschaft und der hierfür vorzusehende Ausgleich werde Gegenstand des Entwurfs des Bebauungsplans "Steinstraße/Kohlhasenbrücker Straße" sein, zu dessen Umsetzung ein städtebaulicher Vertrag abzuschließen sei.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0183 zur Kenntnis.

- zu 3.18 Bürgerhaushalt 2013/14 - Rechenschaftsbericht**
Vorlage: 17/SVV/0242
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
(Mitteilungsvorlage)
Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0242 zur Kenntnis.
- zu 3.19 Stadt-Umland-Wettbewerb - Information zu geänderter Priorisierung für Potsdamer Projekte**
Vorlage: 17/SVV/0275
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0275 zur Kenntnis.
- zu 3.20 Mittelstreifen Hegelallee**
Vorlage: 17/SVV/0309
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 17/SVV/0309 zur Kenntnis.
- zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- zu 4.1 BE über Umsetzungsmöglichkeiten Sauberkeitskampagne in Potsdam**

(Beschluss zur DS 16/SVV/0493)

Fachbereich Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
(Wiedervorlage)

Frau Dr. Sommer (Bereich Marketing) erläutert das Projekt und stellt eine Präsentation in Aussicht, die dem Protokoll beigelegt wird. Sie erklärt, dass umfangreiche Abstimmungen innerhalb der Verwaltung stattgefunden hätten und weiter stattfinden. Sie geht auf den Ist-Zustand in der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) ein, der neben in Zukunft zu verbessernden negativen Aspekten bereits viele positive Beispiele biete. Sie benennt einige umgesetzte Maßnahmen, u.a. das Papierkorbkonzept. Zur Verbesserung der Situation werden u. a. vorgeschlagen, die Übertragung guter Beispiele auf Potsdam als Vorbildwirkung bei gleichzeitiger Ahndung/Verfolgung von Verstößen, die Organisation von Kooperationen und Partnerschaften, die Verknüpfung von Konzepten (Klima, Sauberkeit, Abfallberatung, Besser mobil, besser leben, Echt Potsdam, Tourismuskonzept, Papierkorbkonzept) sowie die nachhaltige Kommunikation anstelle temporärer (teurer) Kampagnen. Ziele seien u. a., eine höhere Sensibilisierung für Sauberkeit in der Stadt zu erreichen, Müllvermeidung, ein saubereres Stadtbild zu erzeugen, die Eigenverantwortung zu stärken sowie nachhaltiges Handeln und Miteinander zu befördern. Zu den Akteuren/Partnern gehören die LHP mit dem Kommunalen Immobilien Service (KIS), die Stadtwerke Potsdam (SWP) mit dem Verkehrsbetrieb (ViP) und der Stadtentsorgung (STEP), Wohnungsunternehmen, die AG Innenstadt, Babelsberg, Holländisches Viertel und Ortsteile (Einzelhändler, Gewerbetreibende), Schulen sowie Bürgerschaft/Bürgerinitiativen/Bürgerhäuser. Avisiert sei zudem die Etablierung eines Runden Tisches „Stadtbild“, zu dem auch die Ortsteile eingeladen seien. Die Einladung ergehe noch vor der Sommerpause. Die Umsetzung der Kampagne erfolge in enger Kooperation der Fachbereiche Ordnung und Sicherheit, Grün- und Verkehrsflächen sowie Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 4.2 BE Lichtmasterplan (Beschluss zum Antrag DS 16/SVV/0062)

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erklärt, dass der Arbeitskreis Lichtplanung aufgrund von Personalmangel noch nicht eingerichtet werden konnte. Weswegen es auch gegenüber der Berichterstattung aus dem letzten Jahr nichts Neues zu berichten gebe. Anhand des Beschlusses zur Drucksache (DS) 16/SVV/0467 „Lichtkonzept für Potsdam schrittweise umsetzen“, in dem festgeschrieben ist, dass der Alte Markt und sein Umfeld entsprechend des Lichtkonzeptes beleuchtet werden soll, ließen sich jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt einige Problemfelder benennen. Zum einen stünde der Masterplan im Spannungsverhältnis zu den technischen Gegebenheiten, wenn beispielsweise umfangreiche Baumaßnahmen nötig würden. Zudem sei die intensive Beteiligung Dritter notwendig, vor allem bei der Finanzierung. Ein

erheblicher Abstimmungsbedarf sei zu erwarten, für den die Personalkapazitäten nur eingeschränkt vorhanden seien. Außerdem müssten restriktive Regelungen für den Umgang mit Beleuchtungsvorgängen Dritter aufgestellt werden, damit die eigenen Bemühungen nicht konterkariert würden. Herr Goetzmann plädiert dafür, den Lichtmasterplan auf gezielte wenige Inseln im Stadtgebiet auszurichten, auf die die Planungen ausgerichtet sein sollten.

Frau Hüneke dankt Herrn Goetzmann für die Ausführungen und meldet gesonderten Rücksprachebedarf an.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 5 Sonstiges

Herr Becker bezieht sich auf die Mitteilungsvorlage aus der vergangenen Sitzung [17/SVV/0157 „Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten auf BAB-Abschnitten und der Nuthestraße“](#), in der die Information erging, zur Einleitung von straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen zum Schutz der Wohn-/Bevölkerung sei von den Betroffenen ein entsprechender Antrag bei dem Landesbetrieb Straßenwesen – Sachgebiet Verkehrsbehörde BAB zu stellen. Er überreicht einen entsprechenden Antrag betroffener Ansässiger aus dem Ortsteil Uetz-Paaren vom 19.4.2017 verbunden mit der Bitte an die Verwaltung, das Verfahren beim Landesbetrieb zu begleiten.